

Gemeinsames Forderungspapier

100-Tage-Programm für einen öffentlichen Verkehr mit Zukunft



100-Tage-Programm für einen öffentlichen Verkehr mit Zukunft

Eine Initiative aus Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Klima-, Wirtschaftsverbänden und Automobilclubs fordert vom neuen Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder und der gesamten Bundesregierung eine zukunftssichere Finanzierung sowie den Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs. Die Verbände warnen, dass viele öffentliche Verkehrsangebote in Kommunen und Ländern in Gefahr sind und die Daseinsvorsorge vielerorts auf der Kippe steht. In diesem „100-Tage-Programm für einen öffentlichen Verkehr mit Zukunft“ fordern die Verbände dringendes Handeln.

Die Initiative begrüßt, dass die Koalition zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs die Finanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen und einen Modernisierungspakt starten will. Der öffentliche Personenverkehr mit Bussen und Bahnen ist in vielen Teilen der Bundesrepublik von Angebotsreduktionen akut bedroht – aufgrund von Personalmangel, fehlenden Finanzmitteln und undurchsichtiger Aufgabenstrukturen. Dem Mobilitätsangebot stehen drastische Einschnitte bundesweit bevor, wenn die neue Regierung nicht schnell handelt. Die Initiative warnt, dass ohne eine ausreichende Finanzierung des Betriebs und Personals sowie ohne neue Investitionen in Ausbau und Modernisierung auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene die soziale Teilhabe und stabile Daseinsvorsorge in Gefahr sind und somit Wirtschaft und Menschen einschränken.

Forderungen für die ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung:

1. Zukunftskommission „Bus und Bahn“ etablieren

Der Prozess des Ausbau- und Modernisierungspakts muss fortgeführt und umgesetzt werden. Hierfür muss der Bund bis zur ersten Verkehrskonferenz im Herbst 2025 einen verlässlichen Umsetzungsplan in Abstimmung mit Ländern, Branchenvertretern, Sozial-, Umweltverbänden und Gewerkschaften auf den Weg bringen. Nur so kann das Angebot von Bussen und Bahnen auf dem Land und in der Stadt gesichert und ausreichend zügig ausgeweitet werden.

2. Planbare und nachhaltige Finanzierung sichern

Bund, Länder und Kommunen müssen sich zu einem zukunftsfähigen Nah- und Regionalverkehr bekennen und einen verlässlichen Finanzierungsrahmen schaffen. Dies geht nur, wenn die Mittel für den ÖPNV erhöht werden. Die ineffiziente und unübersichtliche Finanzierung im ÖPNV muss reformiert werden. In einem ersten Schritt muss der Bund die Regionalisierungsmittel auf 15 Mrd. Euro und die Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel auf 4 Mrd. Euro pro Jahr deutlich aufstocken und mittelfristig für den Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV einen Fonds auflegen.

3. Deutschlandticket langfristig sichern und erweitern

Mehr als 13 Millionen Menschen nutzen derzeit das Deutschlandticket. Bis 2030 sollte das Ziel sein, die Zahl der Nutzenden auf mindestens 20 Millionen zu steigern und das Ticket bis 2035 abzusichern. Um noch mehr Menschen zu gewinnen, braucht es langfristige Angebotsstrukturen, die attraktiv und bezahlbar sind. Dies beinhaltet Angebote für Kinder und Jugendliche sowie eine Stärkung des Jobtickets.

4. Sozialticket aus dem Klimasozialfonds finanzieren

Der öffentliche Nahverkehr muss als unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge anerkannt und gefördert werden. Damit Mobilität keine Frage des Geldbeutels ist, braucht es ein bundesweit einheitliches Sozialticket mit den gleichen Leistungen wie das Deutschlandticket. Die Finanzierung beläuft sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr und sollte im Klimasozialfonds verankert werden.

5. Attraktive Arbeitsbedingungen gewährleisten

Um den Fachkräftemangel im öffentlichen Verkehr aufzulösen, muss die Politik gute Arbeitsbedingungen fördern. Dazu gehören eine angemessene Vergütung, ein modernes Arbeitsumfeld und langfristige Perspektiven, damit die Verkehrsunternehmen im Wettbewerb um Arbeitskräfte bestehen können.

Die Bundesregierung kann sich keinen Rückbau oder Stillstand im öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr leisten, da Millionen Menschen täglich auf ihn angewiesen sind. Der ÖPNV ist mehr als ein Mobilitätsangebot. Er ist Garant für Wirtschaft, soziale Teilhabe, gelebten Klimaschutz und ein essenzieller Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge in einer funktionierenden, demokratischen Gesellschaft. Um diese Funktion zu erfüllen, brauchen wir von den politischen Verantwortlichen verlässliche und planbare Rahmenbedingungen, vor allem bei der Finanzierung.

Leider fehlen konkrete Ausbauziele im Koalitionsvertrag. Wir fordern deshalb, dass die neue Bundesregierung klare Zielvorstellungen für den Nah- und Regionalverkehr anhand der Klimaziele und des Ausbau-/Modernisierungspaktes formuliert, die Zivilgesellschaft und Verkehrsbranche im Dialog einbezieht und die Finanzierung sicherstellt.

Folgende Verbände haben den Appell unterzeichnet:

- Klima-Allianz Deutschland
- Autoclub Europa (ACE)
- Allianz pro Schiene
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
- Der Paritätische Gesamtverband
- Deutscher Caritasverband
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
- Germanwatch
- Greenpeace
- Naturschutzbund (NABU)
- Robin Wood
- Together for Future
- Transport & Environment Deutschland (T&E)
- Verkehrsclub Deutschland (VCD)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

KONTAKT

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram: [@klima_allianz](https://www.instagram.com/klima_allianz)

LinkedIn: [Klima-Allianz Deutschland](https://www.linkedin.com/company/klima-allianz-deutschland)

Für inhaltliche Rückfragen:

Dominik Fette, Referent Klimapolitik und Mobilität

dominik.fette@klima-allianz.de

Für Presseanfragen:

Julia Riley-Dittmann, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/780 899 514

Mobil: 0172/298 4269

presse@klima-allianz.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages